

Der Krieg gegen die arbeitende Bevölkerung

Wolfgang Berger

Im Jahre 1870 bildet die Londoner Management-Schule erstmals Zirkusdirektoren aus. Die Abschlussqualifikation für die erfolgreichen Absolventen ist eine Berufsbezeichnung, die hundert Jahre später auch woanders in Mode kommt: Manager. Der Begriff leitet sich vom lateinischen „manum agere“ ab: jemand an der Hand führen.

Im Zirkus hat es angefangen. Kennen Sie das? Zirkustiere werden an der Leine geführt, mit Tricks und Gewalt dressiert und zu Kunststücken gezwungen, die sie von sich aus nie tun würden. So wie Zirkustiere gegen ihre Natur auf ein nicht artgerechtes Verhalten gedrillt werden, drillen Unternehmen viele Menschen gegen ihre Natur auf ein nicht artgerechtes Verhalten.

„Angst und Geld sind das einzige, was Mitarbeiter motiviert“, meinte Jeffrey Skilling, Chef der Enron Corporation – einem Energiekonzern aus Texas – bis zur spektakulären Pleite in 2001. Der Harvard Absolvent hatte seine Karriere bei der Unternehmensberatung McKinsey begonnen und dann den größten Wirtschaftskrimi des 20. Jahrhunderts inszeniert. Nach jahrelangen Anfechtungsklagen hat im Sommer 2013 ein Bezirksrichter in Houston, Texas, seine Gefängnisstrafe von 24 auf 14 Jahre reduziert – gegen Zahlung von 40 Millionen Dollar.

Die Shareholder-Value-Doktrin zerbricht die Menschen

Die Enron-Pleite hat 22.000 Menschen arbeitslos gemacht und zugleich ihre Altersversorgungen vernichtet. In den letzten fünf Jahren vor dem Zusammenbruch hat Enron seinen Gewinn jährlich um 65 Prozent steigern können. Der nach der Börsenkapitalisierung gemessene Wert des Unternehmens war weltweit an sechster Stelle. Namhafte Experten haben im Jahre 2000 den Enron-Verwaltungsrat (Board) als einen der fünf besten der USA bewertet.

In wenigen Tagen ist dann das Kartenhaus aus Gier, Skrupellosigkeit und Größenwahn zusammengefallen. Auslöser für eine Unternehmensstrategie, die zunächst von der Fachwelt bewundert und anschließend von einem Tsunami regelrecht überrollt wird, ist ein US-amerikanisches Gerichtsurteil. Weil alle großen Firmen eine Niederlassung in den USA haben und dort mit astronomischen Schadensersatzforderungen verklagt werden können, hinterlässt es eine Spur auf der ganzen Welt:

1932 gründen Joseph und Charles Revson die Kosmetikfirma Revlon. Zu Beginn der 1980er Jahre interessiert sich die Leitung der Firma für die Gewinne der Eigentümer, aber außerdem auch noch für Belange von Belegschaft, Kunden und Lieferanten. Da wird sie ver-

klagt. 1985 verurteilt der Delaware Supreme Court (das höchste Gericht des Bundesstaates) die Führung des Unternehmens. Nach dem Urteil des Gerichts muss die Leitung eines Unternehmens der Eigentümersmehrung der Aktionäre alles – wirklich alles andere unterordnen. Mit diesem Urteil gelingt es Ronald Perleman, die Aktiengesellschaft „feindlich“ zu übernehmen. Und das heißt: Gegen den erbitterten Widerstand der Belegschaft und der Unternehmensleitung.

Das Urteil zwingt die Unternehmen der Welt zu einer Strategie, die „Shareholder-Value-Doktrin“ genannt wird. „Shareholder Value“ ist der Betrag, den das gesamte Unternehmen zum gegenwärtigen Börsenkurs wert ist. Das Management muss mit allen legalen Mitteln den Unternehmenswert steigern und dadurch den Reichtum der Aktionäre mehren. Andere Ziele dürfen nur verfolgt werden, wenn es nicht zu Lasten dieses höchsten Gebots geht.

Wo die Doktrin nicht befolgt wird, sinkt der Aktienkurs – und damit droht eine feindliche Übernahme des Unternehmens. Fonds, die solche Spiele radikal betreiben, finanzieren Übernahmen mit Krediten großer Finanzinstitute, vornehmlich in der „City of London.“ Die Rückzahlung der Kredite wird dem eroberten Unternehmen aufgebürdet. Wenn es den Wert des Unternehmens

erhöht, muss die Unternehmensleitung Personal entlassen. Naomi Klein beschreibt diese Machenschaften und ihre Hintergründe auf 763 Seiten detailliert und faktenreich: »Die Schock-Strategie – Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus«.

Die Vorstände müssen mitspielen und ihre Verantwortung für das Ganze zurückstellen. Die Voraussetzungen dafür schuf Mitte der 1970er Jahre die Unternehmensberatung »McKinsey & Company Inc.« Bis dahin waren Manager Arbeitnehmer, ebenso wie die ihnen unterstellten Mitarbeiter – und standen damit in natürlichem Interessengegensatz zu den Kapitaleignern. Mit »Stock Options« (Aktienoptionen) wurden die angestellten Unternehmensführer von der Seite der Belegschaft auf die Seite des Kapitals gezogen.

Aktienoptionen werden als Erfolgsbonus – als Belohnung – zusätzlich zum Gehalt ausgegeben, wenn der Aktienkurs eine bestimmte Höhe erklimmt. Wer solche Optionen besitzt, kann sie gegen Aktien des von ihm geleiteten Unternehmens eintauschen und diese Aktien später auch verkaufen.

Unabhängig von den Zwängen der Rechtsprechung hat der Inhaber von Optionen ein persönliches Interesse an einem hohen Aktienkurs. Die Versuchung ist groß, diesem Interesse andere Themen unterzuordnen: die Belange der Belegschaft und die langfristige Zukunft des Unternehmens; gewachsene Kunden- und Lieferantenbeziehungen; Fairness gegenüber Wettbewerbern; Loyalität gegenüber Produktionsstandorten, die die Infrastruktur bereitstellen und deren Bevölkerung von Entlassungswellen betroffen ist; sowie Rücksicht auf den Staat, auf dessen Infrastruktur alle Unternehmen angewiesen sind.

Aktienoptionen haben den Kapitalismus von Grund auf verändert. Die Führung von börsengehandelten Aktiengesellschaften ist seitdem weniger bestrebt, Produkte oder Dienstleistungen anzubieten, Standorte und Arbeitsplätze zu erhalten. Sie bemüht sich vor allem darum, den Aktienkurs nach oben zu treiben. Die übrigen Arbeitnehmer – bis dahin in einer Interessengemeinschaft mit der Unternehmensspitze – bleiben zurück und profitieren nicht mehr von dem Produktivitätszuwachs, den sie erarbeiten.

Auch das Land, in dem die Aktiengesellschaft ihren Sitz hat, bleibt zurück. Die Mehrheit der Aktien der 30 größten und umsatzstärksten deutschen Unternehmen, die an der Frankfurter Börse gehandelt werden – die deutschen »DAX-Konzerne« – gehört nach Auskunft der Wirtschaftsprüfer Ernst & Young ausländischen Investoren. In anderen Ländern ist es kaum anders. Viele dieser Konzerne weisen Bilanzsummen aus, die das Bruttoinlandsprodukt der meisten Staaten dieser Welt übersteigen.

Die Fonds haben ihren Sitz überwiegend auf exotischen Inseln, die ihnen als »tax haven« (Steuerfluchtstätte) dienen. Diese »Offshore«-Finanzplätze liegen jenseits der eigenen Küste (off shore). Aber die Fonds werden in der »City of London« verwaltet. Ähnlich wie der Vatikan kein Teil Italiens ist, gehört der Finanzdistrikt »City of London« nicht zu Großbritannien. Er ist eine eigenständige politische Einheit. Die dort gültigen Gesetze werden von den ca. 250 global tätigen Finanzinstituten gestaltet, die dort niedergelassen sind und keine nationale Identität haben.

Samuel J. Palmisano, Aufsichtsratsvorsitzender der Computerfirma IBM, drückt die Auflagen des Finanzsektors in seiner »Roadmap to 2015« (Zielplanung für 2015) knackig aus: »Earnings to double« (Den Gewinn verdoppeln). Unter der Leitung der CEO (Präsidentin) Virginia M. »Ginni« Rometty sollen die weltweit über 430.000 Mitarbeiter die Renditen der Aktien in wenigen Jahren um 100 Prozent erhöhen. Dieser Druck wird an die gesamte Belegschaft weitergegeben.

Die Konsequenzen zeigen sich in den Vereinigten Staaten – dem Ausgangspunkt der veränderten Rechtsprechung – am dramatischsten: 1970 verdiente ein Unternehmenschef in den USA das 25fache des Durchschnittseinkommens seiner Mitarbeiter, heute ist es das 500fache. Im Rest der Welt driften die Einkommen zwischen der Unternehmensspitze und der Belegschaft ähnlich stark auseinander.

Der neue Weg in die Leibeigenschaft



Die veränderte Vertragsgestaltung von Unternehmensführern und das Gerichtsurteil aus Delaware sind Versuche der globalen Finanzmärkte, die zentrale Kon-

trolle zu erhalten – und die Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz durch die Gleichheit der Dollars und Euros vor dem Gesetz auszuhebeln. »Der Krieg gegen die arbeitende Bevölkerung ist ein richtiger Krieg«, schreibt der Sprachwissenschaftler A. Noam Chomsky in seinem Buch »Hybris – Die endgültige Sicherung der globalen Vormachtstellung der USA«.

In den 1990er Jahren hat sich die Politik zum Sündenfall verführen lassen und die Kapitalverkehrskontrollen weltweit aufgehoben. Die deutschen Großbanken hatten gedroht, ihre Firmensitze in die »City of London« zu verlegen, wenn die Politik ihre Forderungen nach offenen Grenzen für Kapitalbewegungen nicht erfüllt. Wir können uns vorstellen, wie lange eine Regierung dem damit ausgelösten medialen Sturm der Entrüstung hätte standhalten können.

Damit ist der Finanzwirtschaft die Möglichkeit zur Flucht oder zur Erpressung gegeben, wenn ein Staat sich weigert, zu kooperieren. Seitdem beherrschen die Finanzmärkte die Welt. Und seitdem verschlechtern sich die Bedingungen für fast alle Menschen, die arbeiten, um ihren eigenen Wohlstand und auch den aller anderen zu sichern.

Der Glaube, dass die Finanzmärkte ohne Einschränkungen walten und schalten sollten, ist die Grundlage der noch immer herrschenden Lehre der Ökonomie. Dieser Glaube hat einen Kreuzzug ausgelöst und die Wissenschaft, die Presse, die Politik wie auch die öffentliche Meinung erobert. Krisen und Arbeitslosigkeit werden benutzt, um »die Schrauben weiter anzuziehen«, die Arbeitseinkommen zu drücken und die Beschäftigungssicherheit auszuhöhlen.

Staaten lassen sich gegeneinander ausspielen und passen gesetzliche Regelungen an die Anforderungen globaler Konzerne an. Regierungschefs, die jahrelang die Misstrauensvoten der Opposition überstehen, werden von den »Märkten« innerhalb weniger Tage ausgewechselt, wenn sie auf deren Forderungen nicht eingehen. Diese Zusammenhänge sind bedeutsamer als das, was die Presse darüber berichtet – berichten darf. Der Historiker Michael Hudson überschreibt das, was uns deshalb seiner Meinung nach blüht, in seinem Buch so: »Der neue Weg in die Leibeigenschaft«.

Warum ist der Glaube, der diesen Kreuzzug auslöste, so schwer zu erschüttern? Der Physiker Max Planck (1858 – 1947) sagt es uns: „Eine neue wissenschaftliche Erkenntnis setzt sich nicht durch, weil die Vertreter der veralteten Lehrmeinung überzeugt werden, sondern erst nachdem diese Vertreter ausgestorben sind.“ Wir müssen also noch eine Weile warten. Weltbilder sind schwer zu erschüttern.

Ein richtiger Ingenieur zum Beispiel entwickelt und produziert technischen Fortschritt. Ein „financial engineer“, wie es im Fachjargon heißt (ein *Finanzingenieur* – oder vielleicht sollten wir ihn besser *Finanzjongleur* nennen), entwickelt oder produziert nichts, was irgendjemandem das Leben erleichtert. Im Gegenteil: Er vernichtet Arbeitsplätze, Ersparnisse, Altersversorgungen, Ausbildungshoffnungen, Lebenschancen, ja Leben und vermehrt Not, Verzweiflung und Hunger auf der Welt. Aber er verdient bis zu hundert Mal mehr als ein richtiger Ingenieur.

Charles Moore, offizieller Biograph der früheren britischen Premierministerin Margaret Thatcher, gibt Ende 2011 in der englischen Tageszeitung »Daily Telegraph« zu, dass „ein System, das angetreten ist, das Vorankommen von

vielen zu ermöglichen, sich zu einem System pervertiert hat, das wenige bereichert.“ Margaret Thatcher – neben Ronald Reagan politische Wegbereiterin für die jetzt herrschende Wirtschaftsdoktrin – hätte ihn wegen dieser späten Einsicht entlassen.

Frank Schirmmacher, Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, weist darauf hin, dass das große Versprechen individueller Lebensmöglichkeiten sich in sein Gegenteil verkehrt. Die Chancen auf einen Job, ein eigenes Haus, eine anständige Rente, einen guten Start der Kinder werden immer kleiner. Aus ökonomischen Problemen entstehen deshalb unweigerlich moralische und demographische Probleme.

In dem Buch »Schulden – Die ersten 5.000 Jahre« zitiert der Anthropologe David Graeber den Freiheitskämpfer Martin Luther King, der die Einlösung des Versprechens der amerikanischen Verfassung auch für die Schwarzen einfordert. Ich möchte dieses Zitat umschreiben und das Versprechen der demokratischen Verfassungen für alle Menschen einfordern:

Die Architekten unserer Verfassungen haben uns Freiheit zugesichert. Damit

haben sie ein Versprechen gegeben, das immer noch gilt. Die Paragraphen der Verfassungen sind eine Verpflichtung, die nicht eingehalten wird. Die Garantien für Freiheit sind stattdessen mit der Bemerkung „verschuldet“ überschrieben. Das erste Wort für Freiheit in einer uns bekannten Sprache ist das sumerische „amargi“. Es bedeutet: Schuldenfreiheit. Wir Menschen heute und die Staaten, in denen wir leben, sind in Schuldknechtschaft geraten und deshalb zu Sklaven geworden.

Zum Autor Prof. Dr. phil. Dr. rer. pol. Wolfgang Berger, M.A. (Econ)



Ökonom und Philosoph, hat in Deutschland, Ghana, Frankreich, Indien, Italien, Argentinien, den USA und dem Iran studiert, geforscht, gelehrt und als Industriemanager gearbeitet, am längsten für die Schering AG. Er hat mehrere Bücher und

zahlreiche Fachartikel veröffentlicht und 1997 in den USA das Business Reframing Institut gegründet, mit dem er „Flow“ in Unternehmen verankert (www.business-reframing.de). Er ist Mitinitiator einer gemeinnützigen Initiative zur Neuordnung unserer Finanzordnung (www.lust-auf-neues-geld.de).



Es ist Zeit für neue Ideen. In dem Film „Polypoly“ werden viele Fragen gestellt und ein paar Antworten gegeben. Es ist an der Zeit gemeinsam aktiv zu werden, kommt als eine klare Essenz herüber.

Der Film lässt Menschen zu Wort kommen, die über die Zusammenhänge zwischen unserem bestehenden Geldsystem und unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage aufklären, sowie Hintergründe und Lösungen aufzeigen. Der Film demonstriert auch, was passiert, wenn Menschen aus dem Alltag heraustreten. Wenn sie beginnen kreativ und engagiert ihre Ideen umzusetzen, damit spielen

und in die Öffentlichkeit gehen, indem sie ihr eigenes Geld schaffen und nutzen.

Es werden Projekte begleitet wie das Währungsexperiment von Oberhausen, in dem zusammen mit dem Theater Oberhausen mit „Kohle“ von der Schwarzbank gehandelt wird. Die Kinderbank, die aus einer Hamburger Kindertheatergruppe hervorgegangen ist und ihr „Abenteurgeld“ geschaffen hat. „Global Change Now“ aus Köthen und deren Einführung des regionalen „Lutzetalers“, die mit der Überzeugung ans Werk gingen, dass jeder eigenes Geld für seine Region starten kann. Zu Wort kommen auch Vertreter der Banco Palmas aus Brasilien, die seit 14 Jahren mit ihrer

eigenen sozialen Währung eine gut funktionierende Gemeinde aufgebaut haben.

Dieser Film lässt die Vielfalt der Möglichkeiten erahnen und zeigt, wie Kreativität, Begeisterung und Engagement der Beteiligten ganz neue, auch überraschende Wege aufschließen. Der Film ermutigt neu zu denken, erfinderisch zu werden und anstatt auf bessere Regeln von oben zu warten, selbst aktiv werden die bessere Wahl ist. Mit anderen gemeinsam beginnen und unsere Welt gestalten, das lässt der beeindruckende Film als greifbare Möglichkeit erscheinen.

<http://www.polypoly-der-film.com>
Auch in unserem Online-Shop erhältlich.